

**An den  
Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Ralph Brinkhaus  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin**

Stuttgart, den 17.4.21

Sehr geehrter Herr Brinkhaus,

dieser Mail füge ich zur Kenntnisnahme meiner Mail vom 10. April, 2021. an Herrn Bundestagspräsident Schäuble bei.

Im Folgenden gehe ich hier speziell auf die momentane Situation hinsichtlich der Zusammensetzung und der Arbeit des „sogenannten“ Wirtschaftsrats der CDU ein.

Die Maskenaffäre in Ihrer Bundestagsfraktion wird nicht nur in der CDU als einer der schlimmsten Tiefpunkte seit der Spendenaffäre von Ex-Kanzler Helmut Kohl wahrgenommen. „In den letzten 20 Jahren ist das sicherlich eine der schwersten Krisen, die wir als Union mitmachen. Schwer vor allen Dingen deshalb, weil es eine Glaubwürdigkeitskrise ist“, sagte der Fraktionsvize Thorsten Frei (CDU) im Internetformat „Bild Live“.

Die Welt sieht das ähnlich:

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article228192155/Masken-Affaere-Union-sieht-sich-selbst-in-schwerer-Krise.html>

Jetzt kommt noch der Rücktritt von MdB Dr. Pfeiffer hinzu, wegen seiner vielfachen unternehmerischen Tätigkeiten und seiner vielen Nebentätigkeiten, die bei vielen Bundesbürgern den Eindruck erwecken, dass die politische Arbeit für das Mandat nur eines geringen Arbeitsaufwandes bedarf. Der Rücktritt von Dr. Pfeifer hat in Waiblingen, der Region Stuttgart und in Baden-Württemberg große Wellen geschlagen. Im Anhang ein kleine Auswahl von Medienberichten, die Sie vielleicht in Berlin gar nicht mitbekommen. Nach dem desaströsen Ergebnis der CDU bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg, wird dieser Rücktritt die Chancen der CDU bei der kommenden Bundestagswahl sicher nicht erhöhen. Wir begrüßen es, dass es, auch auf Ihren Vorschlag hin, eine Einigung der Fraktionsvorsitzenden von SPD und CDU/CSU auf 12 Punkte für verschärfte Regeln für mehr Transparenz im Bundestag gab. Es ist auch positiv, dass Sie einen Verhaltenskodex vorgelegt haben.

Ihrer Partei droht aber schon der nächste Lobbyfall, mit einer vielleicht noch größeren bundesweiten Wirkung als der Fall des MdB Dr. Pfeiffer. Es geht, wie in meiner Mail an den Bundestagspräsidenten angesprochen, um den Wirtschaftsrat der CDU.

Laut Wikipedia ist „Der Wirtschaftsrat der CDU e.V.“ ein parteiunabhängiger Berufsverband, welcher die Interessen seiner Mitglieder aus der Wirtschaft vertritt. Der Wirtschaftsrat, 1963 zunächst unter dem Namen *Zusammenschluss deutscher Unternehmer auf berufsständischer Basis* gegründet, trägt mit Duldung der CDU den Zusatz CDU im Namen, hat jedoch nicht den Status einer Vereinigung oder Sonderorganisation innerhalb der Union. Eine Mitgliedschaft in der CDU ist keine Voraussetzung für eine Mitgliedschaft im Wirtschaftsrat.

Wie Lobbycontrol in einer Studie feststellt, ist der Wirtschaftsrat ein Lobbyverband, der nicht Teil der CDU ist. Herr Dr. Pfeiffer hat die Problematik erkannt und hat nach der Veröffentlichung der Lobbycontrol Studie seine Arbeit im Wirtschaftsrat der CDU als weitere Nebentätigkeit auf seiner Homepage eingetragen.

Wikipedia fasst die Kritik am „Wirtschaftsrat der CDU“ auf Basis der Lobbycontrol Studie wie folgt zusammen:

Der Wirtschaftsrat sei de facto ein Lobbyverband mit privilegiertem Zugang zur Spitze der Union. Lobbycontrol zufolge ist der Wirtschaftsrat kein Parteigremium, sondern vielmehr ein Lobbyverband für Unternehmen wie E.ON, Daimler AG oder Deutsche Bank. Dabei agiere der Wirtschaftsrat jedoch wie ein Parteigremium und verschaffe den Mitgliedern direkten Zugang zu den Machtzirkeln der CDU.

„Ein Lobbyverband mit Sitz im Parteivorstand ist ein Unding“, kritisierte Lobbycontrol. Die Präsidentin des Wirtschaftsrats (aktuell Astrid Hamker) ist kein gewähltes Mitglied des CDU-Vorstands. Im Jahr 2021 wurde sie zuletzt für 2 Jahre als sogenannter "ständiger Gast" in den Vorstand kooptiert. Im Vorstand der CDU hat sie dabei ein Rederecht, aber kein Stimmrecht.

Problematisch sei der Wirtschaftsrat der CDU auch, so Lobbycontrol, da er kein Beirat sei, der repräsentativ für die Wirtschaft stehe, sondern unter anderem ein Vehikel für „besonders jene Unternehmen und Akteure, die Klimaschutzmaßnahmen skeptisch gegenüberstehen, weil sie selbst in der fossilen Wirtschaft verankert sind oder Klimaschutz aus ideologischen Gründen ablehnen“.

Das hat sich auch an der Politik von Dr. Pfeiffer gezeigt, der Mitglied des Wirtschaftsrates der CDU Baden-Württemberg und Mitglied in der Partei ist. Auch da gibt es gravierende Interessenkonflikte.

Für Otto-Normalbürger ist der Name eine grobe Irreführung, da er den Eindruck erweckt, es handele sich um ein Parteigremium. In Wahrheit ist es eine Lobbyvereinigung bestimmter Kreise der Wirtschaft. Alle CDU-Abgeordneten, die gleichzeitig Mitglied im Wirtschaftsrat der CDU sind, machen sich eines Interessenkonfliktes verdächtig.

„In Zeiten des wachsenden Vertrauensverlusts der Politik verstärkt schon der Verdacht eines Interessenkonflikts von Volksvertretern die Verdrossenheit vieler Bürger“, schreibt die ZEIT.

Im Interesse Ihrer Partei fordern wir alle Abgeordneten der CDU auf, ihre Mitgliedschaft im Wirtschaftsrat zu beenden, da man nicht gleichzeitig Abgeordneter und Mitglied eines Lobbyverbandes sein kann, ohne dass sich ein Interessenskonflikt ergibt. Ein Beispiel ist das Präsidiumsmitglied Christian Freiherr von Stetten, MdB, Vorsitzender Parlamentskreis Mittelstand, Mittelstandspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Berlin.

Des Weiteren fordern wir eine Namensänderung: Der Zusatz „der CDU“ muss entfallen, damit jeder Bürger erkennt, dass es sich nicht um eine Parteiorganisation handelt.

Mit freundlichen Grüßen

Manfred Niess

Koordinator, Klima – und Umweltbündnis Stuttgart

Kernerstr. 22B

70182 Stuttgart

Tel.: 0711 29 70 82

[www.kus-stuttgart.de](http://www.kus-stuttgart.de)

